

VDMA

Nord und Schiffbau- und Offshore-Zulieferindustrie

Weidestr. 134

22083 Hamburg

Telefon +49 40 507207-0

Fax + 49 40 507207-55

E-Mail nord@vdma.org

An den Europaausschuss

per E-Mail

27. Februar 2013

Sehr geehrter Damen und Herren,

der VDMA vertritt über 3.100 vorrangig mittelständische Mitgliedsunternehmen der Investitionsgüterindustrie und ist damit einer der mitgliederstärksten und bedeutendsten Industrieverbände in Europa.

Der Maschinen- und Anlagenbaubau ist eine Schlüsseltechnologie und der Motor für die Wirtschaft. Mit einem Umsatz von 209 Milliarden Euro (2012) und 976.000 Beschäftigten (Stand August 2012) im Inland (S.-H.: 5 Milliarden; 22.000 Beschäftigte) ist die Branche größter industrieller Arbeitgeber und einer der führenden deutschen Industriezweige insgesamt. Die Produkte und Dienstleistungen des Maschinen- und Anlagenbaus genießen weltweit hohes Ansehen. Rund drei Viertel der deutschen Produktion gehen in den Export.

Im VDMA bildet sich die gesamte Prozesskette ab - von der Komponente bis zur Anlage, vom Systemlieferanten über den Systemintegrator bis zum Dienstleister. Wir spiegeln die vielfältigen Kunden-Lieferanten-Beziehungen entlang der Wertschöpfungskette wider und ermöglichen eine branchenspezifische wie übergreifende Zusammenarbeit.

Blaues Wachstum – erbetene Stellungnahme zur Anhörung im Europaausschuss

Grundsätzlich begrüßt der VDMA, der auch die vielfältige **maritime Zulieferbranche** vertritt, die Initiative der Europäischen Kommission sich mit der Zukunft der Meere, mit „Blauem Wachstum“ zu beschäftigen und kann alle Aspekte, die in den beiden vorliegenden Anträgen dargelegt werden, unterstützen.

Neben der Beschäftigung und Auslotung der Chancen einer integrierten Meerespolitik erscheint uns vor allem auch eine enge Koordinierung und Verzahnung der Schwerpunkte und Aktionsfelder mit den anderen Küsten-Bundesländern an Nord- und Ostsee enorm wichtig, um Doppelungen oder kontraproduktive Konkurrenzen zu vermeiden.

Im Detail können wir die Fragenkataloge der Fraktionen nicht beantworten, da wir nur für Teilbereiche kompetent sprechen können und wollen.

In der Anlage deshalb die Wirtschaftspolitischen Positionen des VDMA:

Gern beantworten wir aber jederzeit Ihre Fragen zur Investitionsgüterindustrie.

Ansprechpartner für Sie ist der VDMA in Hamburg:

VDMA

Nord und Schiffbau- und Offshore-Zulieferindustrie

Weidestr. 134

22083 Hamburg

Telefon +49 40 507207-0

Fax + 49 40 507207-55

E-Mail nord@vdma.org

Mit den besten Grüßen

Jörg Mutschler

VDMA

Dr.-Ing. Jörg Mutschler

Geschäftsführer Landesverband Nord und

AG Schiffbau- und Offshore-Zulieferindustrie

Weidestr. 134

22083 Hamburg

Telefon +49 40 507207-15

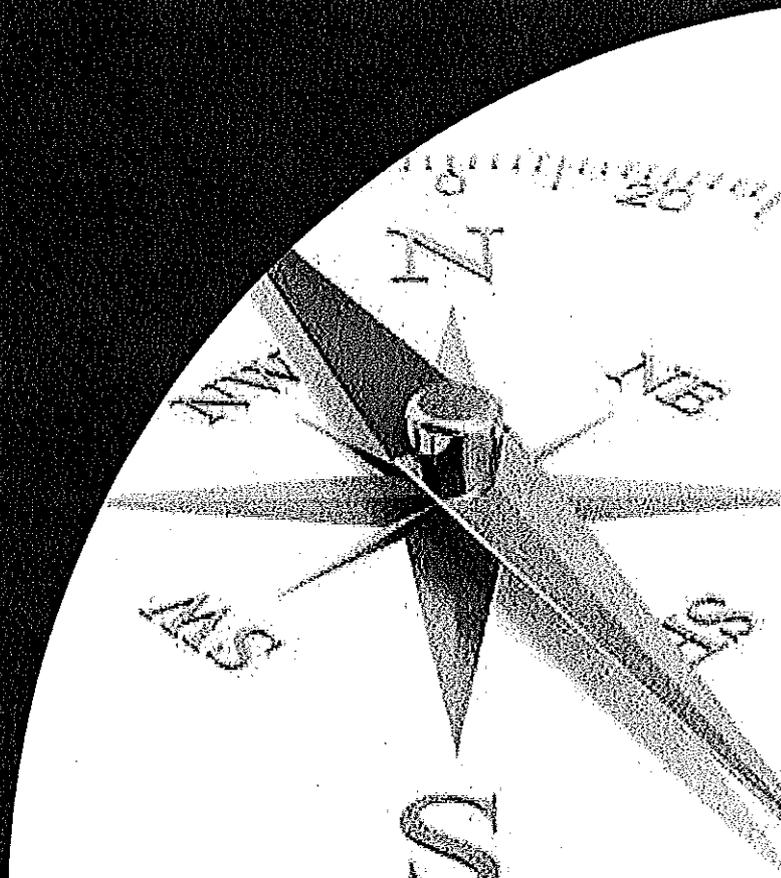
Fax + 49 40 507207-55

E-Mail joerg.mutschler@vdma.org



Für einen schlanken Staat!

Gemeinsame wirtschaftspolitische
Positionen des deutschen
Maschinen- und Anlagenbaus 2013



Inhalt inhalt

- 2** Der VDMA im Profil
- 3** Für einen schlanken Staat!
Vorwort des VDMA-Präsidenten Dr. Thomas Lindner
- 4** Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik
- 6** Außenwirtschaft
- 8** Bildung
- 10** Energie
- 12** Europa
- 14** Fachkräftesicherung
- 16** Forschung
- 18** Soziale Sicherung
- 20** Steuern
- 22** Technikpolitik
- 24** Umwelt
- 26** Zukunftsfähiger Staat
- 28** Weitere Informationen

Der VDMA im Profil

Eine starke Interessenvertretung für eine starke Industrie

Mit rund 970.000 Beschäftigten im Inland, einer Produktion von gut 200 Milliarden Euro und einem Exportanteil von 77 Prozent (Stand 2012) ist der deutsche Maschinen- und Anlagenbau größter industrieller Arbeitgeber und einer der führenden Industriezweige der Bundesrepublik Deutschland. Mit Technik für Menschen liefern wir Lösungen für die vor uns liegenden Herausforderungen.

Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) ist Interessenvertreter, Dienstleister und Ansprechpartner für über 3.100 überwiegend mittelständisch geprägte Unternehmen und damit einer der bedeutendsten Industrieverbände in Europa. Als Plattform von 38 Fachzweigen des Maschinenbaus bildet er die gesamte Wertschöpfungskette der Investitionsgüterindustrie ab – von der Komponente bis zur kompletten Anlage, vom Systemlieferanten bis zum Dienstleister.

Als Wirtschaftsverband setzt sich der VDMA national wie international für seine Mitglieder ein. Er vertritt ihre Interessen konstruktiv und ohne vordergründige Egoismen. Der VDMA fühlt sich sowohl dem Maschinen- und Anlagenbau als auch dem gesamtwirtschaftlichen Wohl der Bundesrepublik verpflichtet. Seine wirtschaftspolitischen Positionen leiten sich ab aus der Überzeugung, dass Wettbewerb, Eigenverantwortung und offene Märkte die unverzichtbare Basis für einzel- und gesamtwirtschaftlichen Erfolg darstellen.



Für einen schlanken Staat!



Deutschland steht heute im europäischen Vergleich relativ gut da. Entscheidend dafür ist, dass Reformen konsequent angegangen wurden und wir den Weg in die De-Industrialisierung nicht mitgegangen sind. Deutschland ist Industrieland, und der Maschinen- und Anlagenbau ist dessen Rückgrat. Intakte Wertschöpfungsketten und funktionierende branchenübergreifende Innovationsnetzwerke sind der Schlüssel zum Erfolg.

Gerade in unsicheren, durch Euro- und Staatsschuldenkrise geprägten Zeiten, gilt es, sich dieser Stärken bewusst zu sein, sie zu bewahren und auszubauen. Der Erfolg unserer Industrie ist nicht selbstverständlich. Wir müssen ihn immer wieder aufs Neue im internationalen Wettbewerb erarbeiten. Dies ist in erster Linie eine unternehmerische Aufgabe, der wir uns stellen. Unverzichtbare Grundlage für unseren Erfolg sind unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen am Heimatstandort Deutschland. Angesichts eines zunehmenden Gestaltungswillens des Staates müssen wir unsere Stimme mehr denn je erheben – gerade im Wahljahr 2013. Es sollte allen klar sein, dass, bevor es ans Verteilen geht, erst etwas erarbeitet werden muss – an den Werkbänken und Schreibtischen, in der Industrie, bei uns im Maschinen- und Anlagenbau.

Der Maschinen- und Anlagenbau ist Partner des Wandels. Gesellschaft, Politik und Wirtschaft müssen darüber im ständigen Dialog bleiben. Die „Gemeinsamen wirtschaftspolitischen Positionen“ mögen dabei als Kompass und Argumentationsbasis für unsere Positionierung dienen – für eine zukunftsorientierte, ordnungspolitisch saubere Wirtschaftspolitik und einen schlanken Staat!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'T. Lindner'. The signature is stylized and fluid.

Dr. Thomas Lindner
VDMA-Präsident

Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik

Daten und Fakten

- Westdeutsche Bundesländer sind sechststeuerster Standort im internationalen Vergleich:
 - Arbeitskosten pro Stunde¹
 - Verarbeitendes Gewerbe 34 €
 - Maschinenbau 38 €
- Personalkostenanteil am Bruttoproduktionswert (2010)²
 - Verarbeitendes Gewerbe 17,9 %
 - Maschinenbau (ohne Reparatur / Installation) 25,6 %
- Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Maschinenbau (2011)³ rd. 51.000 €
- Erfolg von Arbeitsmarktreformen:
 - Langzeitarbeitslose in Prozent der Erwerbsbevölkerung⁴

	2011	2001
– Deutschland	2,8 %	3,9 %
– EU (27)	4,1 %	3,9 %
- Hohe Bedeutung der Stammbeschaft:
 - Summe der Anteile geringfügig entlohnter und kurzfristig Beschäftigter im Maschinenbau⁵ unter 5 %
- Rund 90 Prozent der Maschinenbau-Unternehmen nutzen Zeitarbeit zumindest gelegentlich. Die Mehrheit beurteilt den finanziellen Aufwand für eine Zeitarbeitskraft als mindestens gleich hoch wie für einen ähnlich qualifizierten festangestellten Arbeitnehmer⁶
- Kündigungsschutz verhindert Neueinstellungen und verursacht hohe Kosten, u. a. durch teure Abfindungen und Arbeitsgerichtsprozesse
- Anteil befristet beschäftigter Erwerbstätiger, die keine Dauerstellung finden können, an allen Erwerbstätigen in der Industrie⁷ 1,4 %

¹ Arbeitnehmer 2011, Quelle: IW Köln, EUROSTAT, VDMA-Schätzung

² Quelle: Statistisches Bundesamt

³ Verdienst inklusive Sonderzahlungen

⁴ Quelle: EUROSTAT

⁵ Quelle: Bundesagentur für Arbeit

⁶ Quelle: VDMA-Umfrage

⁷ Abhängig Erwerbstätige ohne Auszubildende, Quelle: Statistisches Bundesamt

VDMA-Position

Auftragsschwankungen gehören in der globalisierten Wirtschaft zum Alltag der Unternehmen. Arbeitsvolumen und Arbeitsorganisation müssen diesen Schwankungen folgen können. Deshalb brauchen Unternehmen und ihre Belegschaften flexible arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen und Vorrang für innerbetriebliche Vereinbarungen zur Regelung von Arbeitsbeziehungen.

- Keine politische Einflussnahme auf die Lohnfindung, insbesondere keine weiteren Mindestlöhne, keine allgemeinverbindlichen Lohnuntergrenzen
- Gesetzliche Verankerung betrieblicher Bündnisse für Arbeit
 - Gesetzliche Erweiterung des Günstigkeitsprinzips für betriebliche Lösungen ohne Vetorecht betriebsfremder Dritter
 - Generelle Zulässigkeit von Betriebsvereinbarungen
- Erhalt der Zeitarbeit als flexibles Instrument der betrieblichen Personalplanung, insbesondere keine weitere gesetzliche oder tarifliche Verschärfung des Equal-Pay-Grundsatzes, keine gesetzliche Begrenzung der Überlassungsdauer
- Reform des Kündigungsschutzgesetzes (KSchG), insbesondere optionale Abfindungsregelung statt Prozess, Eingreifen des KSchG erst nach 18 Monaten
- Ersatz des Vorbeschäftigungsverbots im Befristungsrecht durch sechsmonatige Wartezeit
- Weiterentwicklung des Flächentarifvertrages
 - Schaffung eines größeren betrieblichen Gestaltungsspielraums durch mehr tarifvertragliche Öffnungsklauseln
 - Abbau der Regelungsdichte und Rückführung auf echte Mindestbedingungen
 - Stärkere Tarifspreizung im Niedriglohnbereich
 - Kein erweiterter Übernahmepflicht von Auszubildenden
- Anpassung des Entgelt- und Sicherungssystems an tendenziell späteren Ausstieg aus dem Berufsleben, behutsame Abkehr vom Senioritätsprinzip
- Frauenförderung statt Quote, insbesondere gezielte Qualifizierung von Frauen für Führungspositionen, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Außenwirtschaft

Daten und Fakten

- Zunehmende Internationalisierung der deutschen Wirtschaft:

	2011 ¹	2001
– Exportanteil am BIP	41,2 %	30,4 %
– Importanteil am BIP	35,1 %	25,8 %

- Direktinvestitions-Abflüsse in Prozent der Bruttoanlageinvestitionen 2002 – 2011
(1992 – 2001: 10,7 %)

- Neue Herausforderungen für die traditionelle Welthandelsordnung durch Handel mit Dienstleistungen sowie digitalen Produkten und elektronisch vertriebenen Waren

- Deutsches Exportvolumen (2011) 1.060 Mrd. €

- Maschinenbau (2011):

– Exportvolumen	142 Mrd. € (2010: 125 Mrd. €)
-----------------	----------------------------------

– Exportquote ²	75,4 % (2010: 76,3 %)
----------------------------	--------------------------

– Maschinenhandelsüberschuss (Export minus Import)	88 Mrd. € (2010: 79 Mrd. €)
---	--------------------------------

- Welthandelsanteil^{1,3}:

Deutschland	16,5 %
Japan	11,8 %
USA	11,3 %
China	10,2 %

- Deutsche Anbieter sind Weltmarktführer in 15 von 33 Fachzweigen des Maschinen- und Anlagenbaus

- Direktinvestitionsbestand des deutschen Maschinenbaus im Ausland (2010) rund 32 Mrd. €

- Exportkreditgarantien des Bundes (2011)

– Summe	29,83 Mrd. €
– Davon allein 43 % für Lieferungen in die Länder Türkei, Russland, China, Vereinigte Staaten und Brasilien	

¹vorläufig

²Export in Prozent der Produktion

³Anteil des Maschinenbaus am Maschinenexport der wichtigsten Lieferländer

VDMA-Position

Europa und die Welt – das Auslandsengagement der deutschen Investitionsgüterindustrie spiegelt das Zusammenwachsen der Weltwirtschaft wider. Trotz positiver Entwicklungen im Welthandel werden die Erfolge der Globalisierung durch mögliche Handelskonflikte bedroht. Die europäische Wirtschaftspolitik muss sich aktiv für die Wettbewerbsposition der in Europa angesiedelten Investitionsgüterindustrie einsetzen.

- Freihandel fördern und Protektionismus bekämpfen, auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten
- WTO als Garant für freien Welthandel stärken
 - Pragmatische Ansätze zur Auflösung des Verhandlungsstillstands der Doha-Runde finden
 - Anpassung des WTO-Regelwerks zunächst in Fokus nehmen
- Abschluss von bilateralen Freihandelsabkommen, solange keine WTO-Einigung möglich ist
 - Fokus auf Länder mit großen, dynamischen Absatzmärkten
 - Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse beseitigen
- Wettbewerbsgerechte Ausgestaltung der Hermes Deckung
 - Schaffung vergleichbarer Bedingungen für Exportkreditversicherungen in OECD- und Nicht-OECD-Ländern
 - Exportfinanzierung für Small Tickets sichern
 - Deckung für förderungswürdige Lieferungen auf Auslandstöchter deutscher Exporteure erweitern
- Außenwirtschaftspolitik als Aufgabe ersten Ranges verstehen
 - Freiheit des Außenwirtschaftsverkehrs stärker schützen
 - Außenwirtschaftsförderung der Bundesressorts koordinieren
 - Auslandsmessepolitik verlässlicher gestalten
- Exportkontrolle verbessern
 - Vereinfachung der Rechtslage, Abwehr ineffektiver Kontrollerweiterungen durch die EU
 - Ausufernde Embargopolitik eindämmen, Beschränkungen präziser und verständlicher fassen
 - Überzogene Strafvorschriften korrigieren
 - Kein Einstieg in die Exportkontrolle durch Banken via FATF

Bildung

Daten und Fakten

- Maschinenbau ist einer der größten Arbeitgeber für Ingenieure:
 - Über 167.500 Ingenieure im Jahr 2010,
davon Ingenieurinnen¹ 7,1 %
 - Anteil der Ingenieure an den Beschäftigten im
Maschinenbau insgesamt (2010)¹ 16,1 %
- 82.000 Studienanfänger (2012) in ingenieurwissenschaftlichen Kernfächern (Maschinenbau und Elektrotechnik), Verdopplung seit dem Jahr 2000. Anteil an allen Studienanfängern²:
 - Studienjahr 2011/12 11,4 %
 - Studienjahr 2001/02 9,3 %
- Hohe Studienabbruchquoten in ingenieurwissenschaftlichen Bachelor-Studiengängen an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW)³
 - Maschinenbau (Uni) 53 %
 - Maschinenbau (HAW) 32 %
 - Elektrotechnik (Uni) 53 %
 - Elektrotechnik (HAW) 36 %
- Überdurchschnittliches Engagement des Maschinenbaus in der dualen Ausbildung⁴:
 - Ausbildungsquote Maschinenbau (2011) 6,3 %
 - Ausbildungsquote Verarbeitendes Gewerbe (2011) 5,3 %
 - Anteil der Ausbildungsbetriebe Maschinenbau (2008) 43,8 %
 - Anteil der Ausbildungsbetriebe Gesamtwirtschaft (2010) 22,5 %
- Anteil 15-jähriger Jungen und Mädchen, die eine berufliche Karriere in den Bereichen Ingenieurwissenschaften und Informatik im Alter von 30 Jahren planen⁵
 - USA 3,9 %
 - Deutschland 5,5 %
 - OECD 6,9 %
 - Japan 9,0 %

¹Quelle: VDMA Ingenieur-Erhebung 2010

²im 1. Fachsemester, Quelle: Statistisches Bundesamt

³Quelle: HIS-Studienabbruchuntersuchung, Projektbericht 2010

⁴Quelle: Bundesagentur für Arbeit

⁵Quelle: OECD

VDMA-Position

Der Maschinen- und Anlagenbau stellt sich auf Engpässe an qualifizierten Fachkräften ein. Allein aus demografischen Gründen bedarf es großer Anstrengungen aller relevanten gesellschaftlichen Akteure, um auf sämtlichen Qualifikationsstufen ungenutzte Potentiale zu erschließen und zu aktivieren. Dazu brauchen wir ein leistungsfähiges und lebensnahes Bildungssystem.

- Studium
 - Abbruchquoten in den Ingenieurwissenschaften intelligent und ohne Qualitätsverlust bekämpfen
 - Hochschulprofile beibehalten: Uni = forschungsorientiert, HAW (ehem. FH) = anwendungsorientiert
 - Bachelor als berufsqualifizierenden Abschluss stärken
 - Assistenzpromotion erhalten
- Facharbeiter
 - Duale Ausbildung als Garant für die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland erhalten, Berufsstand der Facharbeiter wertschätzen
 - Beruflich erworbene Kompetenzen besser anerkennen und durchlässige Bildungsverläufe ermöglichen
- Allgemeine schulische Bildung
 - Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen stärken
 - Technikunterricht und Berufsorientierung in die Lehrpläne der allgemeinbildenden Schule einarbeiten, Lerninhalte regelmäßig an sich wandelnde Bedarfe anpassen
 - Zusammenhang von sozialer Herkunft und Schulerfolg entkoppeln
 - Qualitätssicherung an Schulen verankern, Anreizsysteme für Lehrkräfte setzen
- Weiterbildung
 - Fähigkeit zum lebenslangen Lernen vermitteln
 - Generationenübergreifenden Wissenstransfer sicherstellen
- Internationalisierung
 - Deutsches Bildungssystem auf EU-Ebene selbstbewusster vertreten
 - Zusammenspiel der verschiedenen Qualifikationsstufen als Standortvorteil für Deutschland begreifen

Energie

Daten und Fakten

- Energietechnische Entwicklungen deutscher Unternehmen setzen Akzente auf den Weltmärkten
- Anteile der Energieträger an der Bruttostromerzeugung in Deutschland (2011)¹

– Braunkohle	24,5 %
– Steinkohle	18,3 %
– Kernenergie	17,6 %
– Erdgas	13,9 %
– Windenergie	8,0 %
– Biomasse	5,2 %
– Wasserkraft	3,0 %
– Sonstige	9,5 %
- Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms am Stromverbrauch^{1,2}

– 2011	20,3 %
– 2050 (Ziel der Bundesregierung)	80 %
- Strompreise für die Industrie (2011/2012), Indexwerte³

– Frankreich	63
– Polen	68
– EU (27)	84
– Deutschland	100
– Italien	116
- EEG-Differenzkosten (2011)⁴ 13,353 Mrd. €
- Abnehmerbranchen des Maschinenbaus in Deutschland sparen durch Nutzung effizienter Maschinenbautechnologie heute im Vergleich zu vor 10 Jahren Endenergie, die dem Strombedarf von rund 48 Millionen privaten Haushalten entspricht. In 10 Jahren werden diese Einsparungen durch Innovation und stärkeren Technologieeinsatz verdoppelt⁵

¹Quelle: AG Energiebilanzen e.V.

²Quelle: Energiekonzept der Bundesregierung

³Durchschnittliche monatliche Stromkosten (inkl. Steuern) von Industrieunternehmen mit 500 – 2.000 MWh Jahresverbrauch, teilweise geschätzt; Quelle: EUROSTAT, eigene Berechnung

⁴Quelle: EEG-Jahresabrechnung 2011 der Übertragungsnetzbetreiber

⁵Quelle: Roland Berger 2009

VDMA-Position

Energieversorgung und die effiziente Energienutzung entlang der gesamten Wertschöpfungskette sind Kernkompetenz des Maschinen- und Anlagenbaus. Mit modernsten Technologien leistet er einen aktiven Beitrag zur Realisierung der von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende. Dafür fehlen nach wie vor verlässliche energiepolitische Rahmenbedingungen.

- Umsetzung der Energiewende breit anlegen
 - Politikziele Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichgewichtig berücksichtigen
 - Energieumwandlung, -infrastruktur und effiziente Energienutzung als gleichrangige energiepolitische Säulen begreifen
 - Industriestruktur Deutschlands nicht gefährden, Wertschöpfungsketten erhalten und neue aufbauen
- Marktwirtschaftlichen Instrumenten den Vorrang vor ordnungsrechtlichen Eingriffen geben
- Probleme des Energiemarktes beheben
 - Externe Kosten nach dem Verursacherprinzip internalisieren
 - Gleiche Wettbewerbsbedingungen im leitungsgebundenen Energiemarkt durch Regulierung von Marktzugang und Preisgestaltung schaffen
 - Umweltfreundliche Technologien wettbewerbsfähig machen, staatliche Förderung nach strengen Kriterien
- Strommarktdesign 2.0 und EEG 2.0 erarbeiten
 - Ausbau erneuerbarer Energien bedarfsgerecht gestalten
 - Integratives Konzept für konventionelle und erneuerbare Energien erarbeiten
 - Verlässliche Rahmenbedingungen für fossile Kraftwerke, Speicher und Lastmanagement sicherstellen
 - Energieinfrastruktur und Erzeugungskapazitäten im Gleichklang optimieren
- Effiziente Energienutzung forcieren
 - Schaffung aufkommensneutraler Investitionsanreize
 - Stärkere Fokussierung auf den Bestand in der Industrie und bei Gebäuden, Lebenszykluskosten als Kriterium nutzen
 - Verbesserung der Beratungsangebote im Industriesektor

Europa

Daten und Fakten

- Deutscher Anteil am Maschinenbauumsatz der EU (27) 38 %¹
- Deutscher Maschinenbau-Export in die EU (2011) 55,7 Mrd. €;
davon nach Frankreich 16%, Italien 10%, Großbritannien 9%²
- Direktinvestitionsbestand des deutschen Maschinenbaus
in der EU 27 (2010)³ 17,0 Mrd. €
- Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)
 - Dauerhaft, seit Oktober 2012
 - Volumen 500 Mrd. €
 - Deutsche Haftungsobergrenze 190 Mrd. €
- Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)
 - Befristet, seit Juni 2010
 - Volumen 440 Mrd. €
 - Deutsche Bürgschaft bis zu 253 Mrd. €
- Staatlicher Schuldenstand in den Ländern der EU (2011)
zum BIP⁴:
 - Europäische Union (27) 82,5 %
 - Euroraum (17) 87,3 %
 - Niederlande 65,5 %
 - Deutschland 80,5 %
 - Frankreich 86,0 %
 - Italien 120,7 %
- Seit der Krise 2008 / 2009 sind in der EU 3 Millionen
Industriearbeitsplätze verloren gegangen⁵
- Bei den fortschrittlichen Herstellungstechnologien haben
Unternehmen aus der EU einen Weltmarktanteil von 35% und
halten 50 % der relevanten Patente⁵
- Die EU-Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der
Industrie an der Bruttowertschöpfung von derzeit 16 % bis 2020
auf 20 % zu erhöhen⁵

¹2011, Quelle: VDMA-Schätzung

²Quelle: VDMA, EUROSTAT

³Quelle: Deutsche Bundesbank

⁴Quelle: EUROSTAT

⁵Quelle: EU Kommission

VDMA-Position

Die europäische Integration ist eine Erfolgsgeschichte für den Frieden, die Stabilität und den Wohlstand in Europa – und damit für den Maschinen- und Anlagenbau. Europa steht aber auch für eine Vielzahl für den Maschinen- und Anlagenbau relevanter Regelungen und politischer Entscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden. Die Industrie in Europa ist folglich nicht nur auf eine dauerhaft tragfähigen Gemeinschaftswährung angewiesen, sondern benötigt darüber hinaus ein stabiles politisches Umfeld mit Rahmenbedingungen, die Eigeninitiative fördern, die Innovationskraft gedeihen lassen und die Wettbewerbsfähigkeit stärken.

- Euro retten und strukturelle Defizite beheben
 - Maschinen- und Anlagenbau setzt auf die Zukunft des Euro
 - Solidarität zwischen den europäischen Ländern ist richtig, darf aber nicht einseitig, bedingungs- und grenzenlos sein
 - Krisenländer müssen Strukturreformen konsequent umsetzen, Reformdruck aufrechterhalten
 - Kontroll- und Durchgriffsmöglichkeiten des Fiskalpakts müssen weiter konkretisiert und gehärtet werden
 - Keine Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken ohne politische Union mit Budget- und Kontrollrechten auf europäischer Ebene
 - Europäische Zentralbank muss in erster Linie die Geldwertstabilität sichern, keine dauerhafte Finanzierung von Staatsschulden
- Solide Industriebasis in Europa ausbauen
 - Rahmenbedingungen für die gesamte Industrie verbessern und so europäische Wertschöpfungsketten erhalten und neu schaffen
 - Keine europäischen „Champions“ durch staatlich getriebene Sektorenförderungen schaffen
 - Innovations- und Investitionshemmnisse durch Verbesserung des Binnenmarkts abbauen
 - Protektionistische Tendenzen in Europa bekämpfen, internationale Märkte weiter öffnen

Fachkräftesicherung

Daten und Fakten

- Fachkräftemangel ist und bleibt ein Thema für den Maschinenbau
 - Seit über sechs Jahren übersteigt der Bedarf an Maschinenbauingenieuren die Zahl der Bewerber. Ähnlich sieht es für die Berufsgruppe der Elektroingenieure aus¹
 - Ca. 4 von 10 gemeldeten Arbeitsstellen in der Berufsgruppe Maschinenbau- und Betriebstechnik blieben 2012 länger als 3 Monate vakant²
 - Zunehmendes Durchschnittsalter der Belegschaften im Maschinenbau: Rückgang des Anteils der unter 40-Jährigen von 45% (2005) auf 39 % (2011)³
 - Über 80 % der Maschinenbau-Unternehmen befassen sich bereits mit dem Thema Demografie⁴
 - Zahl der Studierenden in den MINT-Fächern wächst langsamer als in anderen Fächern. Insbesondere in den Ingenieurwissenschaften zeichnet sich ein Nachwuchsmangel ab⁵
- Ungenutzte Potentiale im Inland
 - Anteil Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss⁶ 6,5 %
 - Ineffektives und reformbedürftiges Übergangssystem: Über 300.000 Jugendliche in Maßnahmen zwischen Schule und Berufsausbildung bei jährlichen Kosten von über 4 Mrd. €⁷
- Potentiale im Ausland
 - Verdienstuntergrenze für die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte mit Hochschulabschluss in Mangelberufen (u. a. Ingenieure) zum deutschen Arbeitsmarkt 35.000 €
 - Jeder siebte Hochschulabsolvent der ingenieurwissenschaftlichen Kernfächer kam 2011 aus dem Ausland³

¹Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BfA)

²Sept. 2012, gleitender Jahresdurchschnitt; Quelle: BfA

³Quelle: Statistisches Bundesamt

⁴Quelle: VDMA Ingenieurhebung

⁵Quelle: Stifterverband für die deutsche Wissenschaft

⁶2010, an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung; Quelle: Statistisches Bundesamt

⁷Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

VDMA-Position

Qualifizierte Mitarbeiter sind ein wesentlicher Schlüssel für den Erfolg des Maschinen- und Anlagenbaus. Doch die Rekrutierung von Fachkräften gestaltet sich schon heute oftmals schwierig. Knappheiten offenbaren sich nicht nur beim Ingenieurwachstum, sondern vermehrt auch bei Facharbeitern. Die demografische Entwicklung und der Trend zur Höherqualifizierung werden den sich abzeichnenden Fachkräftemangel verschärfen. Brachliegende Potenziale im Inland müssen deshalb dringend erschlossen und gleichzeitig geeignete Zuwanderer gewonnen werden.

- Inländische Beschäftigungspotenziale
 - Junge Menschen für eine Ausbildung im Maschinen- und Anlagenbau begeistern
 - Anteil junger Menschen ohne Abschluss reduzieren, vorhandene Potenziale bei Jugendlichen aller sozialer Schichten bspw. durch verbesserte Frühförderung ausschöpfen
 - Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch bedarfsgerechte Betreuungsangebote verbessern
 - Berufliche Einstiegsqualifizierung für Jugendliche (EQJ-Programm) als praxisnahe Vorbereitung auf einen anerkannten Ausbildungsberuf beibehalten
 - Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter für die Unternehmen durch effektive Weiterbildung und flexible Lebensarbeitszeitregelungen dauerhaft erhalten
- Qualifizierte Zuwanderung
 - Attraktivität des Beschäftigungsstandorts Deutschland im Wettbewerb mit anderen Ländern erhöhen
 - Zuwanderung durch Einführung eines Punktesystems, das qualifizierte Zuwanderung befördert, besser steuern
 - Formale Hürden für den Verbleib ausländischer Hochschulabsolventen in Deutschland weiter abbauen
 - Abbruchquote internationaler Studierender senken
 - Willkommenskultur und Integrationsprogramme für internationale Studierende an Hochschulen verbessern

Forschung

Daten und Fakten

- Unternehmensanteil an den gesamten Forschungsausgaben in Deutschland 66 %
- Gesamtausgaben der deutschen Wirtschaft für Forschung und Entwicklung 2011¹ rund 63 Mrd. €
 - Anteil des Maschinenbaus daran rund 9 %
- Zuwachs der internen FuE-Aufwendungen 2012 (Plan)
 - In der Wirtschaft insgesamt 2 %
 - Im Maschinenbau 3 %
- Eigenfinanzierungsanteil der FuE-Gesamtaufwendungen 2009¹ (in Klammern Staatsanteil)
 - Maschinenbau 95,2 % (1,8 %)
 - Verarbeitendes Gewerbe insgesamt 93,5 % (3,2 %)
- Hohe Innovationskraft und technische Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Maschinenbaus
 - Einer der größten Ingenieurarbeitgeber: 167.500 Ingenieure im Jahr 2010²
 - Innovation ist Forschung, Entwicklung und Konstruktion: 44 % der Ingenieure arbeiten in diesem Bereich²
 - Innovationsaufwendungen des Maschinenbaus: 13 Mrd. Euro (2011), 5,4 % des Umsatzes³
 - Innovationsaktivitäten in 7 von 10 Maschinenbauunternehmen³
- Länderanteile bei Maschinenbau-Patentanmeldungen am Europäischen Patentamt (2000 – 2009)⁴
 - Deutschland 26 %
 - USA 20 %
 - Japan 16 %
- Ca. 300 Forschungsprojekte in Betreuung der VDMA-Forschungsvereinigungen

¹vorläufige Zahlen; Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik

²Quelle: VDMA Ingenieurserhebung

³vorläufige Zahlen; Quelle: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

⁴Quelle: EUROSTAT

VDMA-Position

Forschung und Innovation liegen im ureigenen Interesse der Unternehmen und sind das Fundament für ihren Erfolg. Mit seinen Produkten und Dienstleistungen sichert der Maschinen- und Anlagenbau die Wettbewerbsfähigkeit seiner Kunden und gibt Antworten auf die drängenden umwelt- und energiepolitischen Fragen unserer Zeit. Dabei werden neueste Technologien integriert und zur Anwendung gebracht – z. B. aus der Sensorik, Elektronik, Informationstechnik und der Nanotechnologie. Der Staat kann hier unterstützen, darf jedoch nicht lenkend eingreifen.

- Förderung der Innovationsfähigkeit auch durch Senkung der Gesamtsteuerlast und Bürokratieabbau
- Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung unter Einbeziehung von nicht auftragsbezogener Konstruktion
- Ausbau der vorwettbewerblichen und breitenwirksamen „Industriellen Gemeinschaftsforschung“ (IGF)
- Erhalt einer starken Projektförderung und themenoffener Förderprogramme im Bereich der Produktionsforschung
- Optimierte Förderverfahren und breitenwirksamer Ergebnistransfer durch Innovationsplattformen wie die Effizienzfabrik
- Entwicklung Deutschlands zum Leitanbieter für Elektromobilität und Industrie 4.0 durch Forschungs- und Bildungsoffensive
- Verbesserung der europäischen Forschungsförderung im Zuge des 8. Forschungsrahmenprogramms („Horizon 2020“)
 - Gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Kommission und Industrie bei Factories of the Future voranbringen
 - Vorwettbewerbliche Produktions- und Industrieforschung in Horizon 2020 verstärken
 - Forschungsschwerpunkte von Manufuture Europe umsetzen
 - Exzellenzprinzip als Kriterium bei Förderentscheidungen Geltung verschaffen
 - Zugang des industriellen Mittelstands, insbesondere der „Midrange Companies“ mit 250 bis 1.000 Mitarbeitern, zu den Fördermaßnahmen der EU verbessern
- Innovationsschutz: Stärkung der gewerblichen Schutzrechte, Bekämpfung von Produktpiraterie

Soziale Sicherung

Sicherung

Daten und Fakten

- Kontinuierlicher Anstieg der Sozialausgaben¹:

	2011	1991
insgesamt (Mrd. €)	768	397
je Einwohner (€)	9.379	4.949
in % des BIP	29,9	25,9

- Lohnzusatzkosten auf hohem Niveau:

Summe der Beitragssätze zur Sozialversicherung (2013)² 39 %

- Schere zwischen Beitrags- und Rentenentwicklung in der gesetzlichen Rentenversicherung: Zunahme 2011/1991

– Beiträge 75 %
– Renten 91 %

- (Erwarteter) Altersquotient³:

– 2010 33,8
– 2030 52,8
– 2050 64,4

- Durchschnittliches Rentenzugangsalter in Deutschland (2011)

– Insgesamt 60,8 Jahre
– Altersrenten 63,5 Jahre

- Durchschnittliche Rentenbezugsdauer (2011): 18,3 Jahre

- Leistungsausgaben je Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung

– 2011 2.579 €
– 2001 1.955 €

- Leistungsausgaben in der sozialen Pflegeversicherung

– 2011 20,9 Mrd. €
– 2001 16,0 Mrd. €

¹ direkte Leistungen; 2011 einschließlich private KV, vorläufig

² in Prozent des beitragspflichtigen Entgelts
(Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil)

³ über 64-Jährige in Prozent der Zahl der 20- bis 64-Jährigen, Quelle: Statistisches Bundesamt

VDMA-Position

Der Altersdurchschnitt der Deutschen steigt. Im Interesse der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft müssen die sozialen Sicherungssysteme grundlegend reformiert und saniert werden. Effizientere gesetzliche Sozialversicherungen sind – gepaart mit mehr Eigenverantwortung – die Voraussetzung für niedrige Lohnzusatzkosten, für eine Begrenzung der Umverteilungslast und für mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

- Strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips – Beschränkung der staatlich verordneten sozialen Sicherung auf die Abdeckung der Grundrisiken Altersarmut, Krankheit und Arbeitslosigkeit
- Reform der Rentenversicherung
 - Rückbau der gesetzlichen Rente zu einer Grundsicherung unter Wahrung bereits erworbener Anwartschaften
 - Renteneintrittsalter an steigende Lebenserwartung anpassen, Rente mit 67 nicht in Frage stellen
 - Versicherungsmathematisch korrekte Abschläge bei vorzeitigem Rentenbeginn
 - Ermutigung zu kapitalgedeckter Eigenvorsorge und betrieblicher Altersversorgung
- Reform der Krankenversicherung
 - Nutzung der im Gesundheitsfonds verbliebenen Spielräume für einen wirksamen Wettbewerb zwischen den Kassen
 - Entkoppelung von Arbeitsverhältnis und Versicherung: Beiträge in Form einer Bürgerpauschale, Sozialausgleich im Rahmen des Steuer- und Transfersystems
 - Bessere Anreize für kostenorientiertes Verhalten der Patienten durch Kostentransparenz und Selbstbeteiligung
- Pflegeversicherung um Elemente der Kapitaldeckung ergänzen
- Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II an den Erfordernissen des Niedriglohnbereichs ausrichten
 - Beachtung des Lohnabstandsgebots
 - Anreize zur Arbeitsaufnahme durch bessere Zuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II
 - Verzicht auf weitere Mindestlohnatbestände

Steuern

Daten und Fakten

	2012 ¹	2002	1992
• Staatsquote ²	45,0 %	47,9 %	47,1 %
• Abgabenquote ²	39,5 %	39,3 %	39,6 %
• Steuerquote ²	23,7 %	21,5 %	22,3 %
• Schuldenstandsquote ²	82,1 %	60,7 %	42,2 %
• Zinssteuerquote ³	10,3 %	13,8 %	14,0 %
• Eigentümergeführte Unternehmen in Deutschland: Bei bis zu einem Fünftel steht in den nächsten 15 Jahren ein Wechsel in der Unternehmensführung an ⁴			
• Die Nettoumsatzrendite (Jahresergebnis im Verhältnis zum Umsatz) lag 2010 im Maschinenbau bei 5,3 % ⁵ . Von den erfassten Unternehmen hatten			
– 50 % eine Nettoumsatzrendite von höchstens 3,1 %			
– 25 % eine Nettoumsatzrendite von höchstens 0,5 %			
• Gewerbesteuer ⁶ :			
– investitionsfeindliche Besteuerung der Unternehmenssubstanz			
– knapp 5 % der Unternehmen tragen über 90 % des Gewerbesteueraufkommens			
• Zeit, die ein mittelgroßes Unternehmen mindestens dafür aufwendet, seine Steuerschuld zu berechnen, Steuererklärungen anzufertigen und Steuern abzuführen ⁷			
– in Deutschland:		207 Stunden	
– in Großbritannien:		110 Stunden	
– in Frankreich:		132 Stunden	
– in den USA:		175 Stunden	

¹Prognosen SVR bzw. Finanzplanung (Schuldenstand)

²im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen;
Quelle: Sachverständigenrat

³Zinsen im Verhältnis zum Steueraufkommen; Quelle: Sachverständigenrat

⁴Quelle: ZEW

⁵Quelle: Deutsche Bundesbank, nicht hochgerechnete Zahlen, vorläufig

⁶Quelle: BDI/VCI, Bundesministerium der Finanzen

⁷Quelle: Paying Taxes 2013, PWC/ Weltbank

VDMA-Position

Die Finanzkrise und die Umsetzung der Schuldenbremse stellen die öffentlichen Haushalte vor große Herausforderungen. Diese müssen vorrangig durch Effizienzsteigerungen und Ausgabenkürzungen und nicht durch Steuererhöhungen gemeistert werden. Schon gar nicht darf das Ziel einer strukturellen Reform des Unternehmenssteuerrechts aufgegeben werden.

- Leistungsträger der Gesellschaft nicht überfordern, Personengesellschaften nicht über Gebühr belasten
 - Keine Erhöhung des Spitzensteuersatzes
 - Keine Erhebung einer Vermögensteuer / Vermögensabgabe
 - Keine Verschärfung der Erbschaftsteuer auf betrieblich gebundenes Vermögen
- Steuerstrukturreform verwirklichen, Konsolidierungserfolge sinnvoll nutzen
 - Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts, vorrangig: Ersatz der Gewerbesteuer durch ein Zuschlagsrecht der Gemeinden auf die Einkommenssteuer / Körperschaftsteuer, Abschaffung der Regelungen zur Funktionsverlagerung, Modernisierung des Außensteuerrechts
 - Abbau der Steuerbürokratie, vorrangig: Reduzierung der Dokumentationspflichten für Verrechnungspreise, Aufgabe der Verzinsung bei unbeabsichtigt fehlerhafter Umsatzsteuerabrechnung
 - Angemessene Verlustverrechnungsmöglichkeiten für operativ entstandene Verluste, vorrangig: Beibehaltung des ungekürzten Verlustvortrags, Abschaffung der Mindestbesteuerung, Ausweitung des Verlustrücktrages
- Stärkung von Investitionen und Innovationen
 - Unbefristete Wiedereinführung der 25%igen degressiven Abschreibung auf Anlageinvestitionen
 - Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung

Technikpolitik

Daten und Fakten

- Marktüberwachung
 - Bei Investitionsgütern findet die Marktüberwachung lediglich rudimentär statt
 - Im Jahr 2008 waren knapp 40 % der überprüften Maschinen mit einem mittleren Risiko behaftet
- Abbau technischer Handelshemmnisse auch dank unterschiedlicher Initiativen des VDMA
 - Angleichung gesetzlicher Vorschriften und Anwendung internationaler Normen
 - Gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungsverfahren
- „New Legislative Framework“ (NLF) – europäischer Rechtsrahmen für die Vermarktung von Produkten
 - Angleichung von acht bestehenden Vorschriften zur CE-Kennzeichnung an den NLF
- Normungspolitik
 - Mangelnde Orientierung an den Bedürfnissen des Marktes – Marktrelevanz von Normen
 - Wirksame Einbindung von kleinen und mittelständischen Unternehmen (85% im Maschinenbau) in marktrelevante Normungsprojekte
 - Zugang zu Normungsdokumenten verbesserungsbedürftig
- Federführung des VDMA in der internationalen, europäischen und nationalen Normung
 - Erfüllung gesetzlicher Anforderungen und Vereinfachung der Konformitätsbewertungsverfahren (ca. 700 harmonisierte Normen zur Maschinenrichtlinie)
 - Definition des Standes der Technik
 - Vereinheitlichung von Schnittstellen und der Lagerhaltung
 - Trägerschaft der DIN-Normenausschüsse Maschinen (NAM) und Werkzeugmaschinen (NWM); Zuständigkeit für ca. 3000 nationale und internationale Normen, über 200 Gremien mit ca. 2000 Experten
 - Erstellung von technischen Spezifikationen des Maschinenbaus (ca. 250 VDMA-Einheitsblätter)

VDMA-Position

Die Gesetzgebung zur Produktsicherheit bestimmt die Zugangsbedingungen auf den Investitionsgütermärkten wesentlich – in Europa und weltweit. Diese Gesetze müssen schlank und innovationsfreundlich sein. Der „New Legislative Framework“ ist die erfolgreiche Weiterentwicklung des „New Approach“, der weiterhin zur Beseitigung von Schwachstellen genutzt werden sollte.

- Marktgerechte und wettbewerbsfördernde Gesetzgebung und Normung auf europäischer und internationaler Ebene
 - Vermeidung einer Zersplitterung der Märkte
 - Stärkung der Eigenverantwortung der Unternehmen
 - Vorrang für Konformitätsbewertung durch den Hersteller, Vermeidung von Dritt-Zertifizierung
 - Transparente und einheitliche Regeln für internationalen Handel durch Verzicht auf nationale Bestimmungen
- Fairer Wettbewerb und Marktüberwachung
 - Stärkung der staatlichen Marktüberwachung zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs
 - Wettbewerbsneutrale und einheitliche Marktüberwachung sowie Vermeidung bürokratischer Belastungen
- Anwendung der bewährten Prinzipien des „New Legislative Framework“ auf Arbeits- und Umweltschutz
- Freier Warenverkehr durch einheitliche Anwendung der Binnenmarktvorschriften für den Maschinenbau in den 27 EU-Mitgliedstaaten und den zusätzlichen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums
- Europäische und internationale Normen als Basis für globale Harmonisierung von Marktzugangsbedingungen
 - Praxisnahe und innovationsfreundliche Norminhalte ohne Überregulierung
 - Normung als marktkonformes Instrument der Selbstkoordination der Wirtschaft
- Stopp der Zertifizierungsflut, keine weiteren Zertifizierungsgrundlagen, auch nicht indirekt durch Managementsystemnormen

Umwelt

Daten und Fakten

- Vorreiterrolle Deutschlands im Umweltschutz – messbare Fortschritte bei der Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch
- Industrie als Partner bei der Realisierung der angestrebten Umweltziele
 - Verringerung der Emission von Treibhausgasen 1990 bis 2011 insgesamt um 26,5 %, allein im Verarbeitenden Gewerbe um 35 %¹
 - Produktionsvolumen potentieller Umweltschutzgüter (2009)² insgesamt 60,2 Mrd. €
darunter Maschinenbau sowie Reparatur und Installation von Maschinen / Ausrüstungen 34,0 Mrd. €
 - Exportweltmeister bei Umweltschutzgütern (2009)²
Exportvolumen 54,4 Mrd. €
Welthandelsanteil 15,4 % (USA 13,6 %, China 11,8 %)
 - Starke Position bei Umweltinnovationen:
Gemessen am Anteil an den internationalen Patentanmeldungen zählt Deutschland in allen Umweltbereichen zu den drei wichtigsten Patentanmeldern²
- Mit rund 4.000 Unternehmen mit ISO 14001 und knapp 2.000 EMAS Standorten ist Deutschland europäischer Vorreiter³
- Aktiver und wirksamer Beitrag des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus zum Umwelt- und Ressourcenschutz
 - Umweltschonende Fertigung in den eigenen Betrieben
 - Treibende Kraft und Motor wegweisender Technologien für die Welt von morgen – über 300 Unternehmen sind Mitglied der VDMA Nachhaltigkeitsinitiative Blue Competence
 - Anbieter umwelttechnischer Anlagen, Ausrüstungen und Maschinen zur Vermeidung und Reduzierung schädlicher Umwelteinwirkungen

¹Quelle: Umweltbundesamt, erste Schätzungen für 2011

²Quelle: BMU/Umweltbundesamt (Hrsg.), NIW/ISI 2012

³Quelle: Umweltbundesamt; EMAS: Eco-Management and Audit Scheme der EU (EU-Öko-Audit)

VDMA-Position

Moderne Umwelttechnologien sind ohne Maschinen- und Anlagenbau nicht denkbar. Seine Produkte und Leistungen helfen Unternehmen aller Branchen, ressourcenschonend zu produzieren. Intelligente Techniken tragen wesentlich zur Lösung von Umweltproblemen bei. Ihre Umsetzung gelingt am besten, wenn Umweltpolitik weniger auf Regulierung und mehr auf Wettbewerb und Innovationsfähigkeit setzt.

- Verstärkter Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente im Umweltschutz – im Gegenzug Entrümpelung des Umweltordnungsrechts
- Keine föderale Zersplitterung des Umweltrechts
- Technologieoffene Formulierung von politischen Zielvorgaben
- Vollständige Harmonisierung der Umweltaanforderungen im Kontext der produktbezogenen Richtlinien
- Förderung des Engagements für den Umweltschutz durch Anreizsysteme: Gleichbehandlung von EMAS und ISO 14001 bei Verwaltungserleichterungen für Betriebe mit zertifizierten Umweltmanagementsystemen
- Entwicklung internationaler Standards in Gesetzgebung und Vollzug unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips
- Sachgerechte Umsetzung europäischer Vorschriften in nationales Recht, kein nationales „Draufsatteln“
- Keine Designlenkung durch produktbezogenen Umweltschutz
- Eindämmung der Kennzeichenflut
- Differenzierte Rücknahmeregelungen für Konsum- und Investitionsgüter, Registrierungsaufwand auf Minimum beschränken
- Stärkung der Betreiberverantwortung und Sicherung des Bestandsschutzes bei der Neugestaltung des anlagenbezogenen Gewässerschutzes

Zukunftsfähiger Staat

Staat

Daten und Fakten

- Deutsches Subventionsvolumen (2009)¹ 164 Mrd. €
- Starke Selektivität der Finanzhilfen²:
 - Über 70 % aller Subventionen an den Unternehmenssektor begünstigen bestimmte Sektoren
 - 59 % dieser sektorspezifischen Subventionen entfallen auf nur vier Sektoren³, 30 % allein auf den Sektor Verkehr
- Bürokratiekosten der Wirtschaft⁴:
 - Gut 49 Mrd. € jährlich (Stand 2006)
 - Reduktion um 22 % (bis 06/12) statt geplanter 25 % bis 2011
 - Ansteigender Entwicklungstrend bei Erfüllungsaufwand seit 2011
- Staatsquote (2011)⁵:
 - Gebietskörperschaften 30,4 %
 - Staat inkl. Sozialversicherung 45,6 %
- Umverteiler Staat:
 - Sozialeistungen pro Kopf (2011) rund 9.400 €
 - Anteil geleisteter Transfers an den Staatsausgaben rund 60 %
- Staatsverschuldung⁶
 - Schuldenstand rund 2,1 Bio. €
 - Schuldenquote über 80 % des jährlichen BIP
 - Zinslast 11,5 % der Steuereinnahmen
- Bildungsausgaben in Prozent des BIP⁷:
 - Deutschland (2009) 5,3 % (1995: 5,1 %)
 - OECD (2009) 6,4 %
- Schrumpfendes produktives Vermögen des Staates:
Seit 2003 übersteigen die jährlichen Abschreibungen die Bruttoinvestitionen.
 - Anteil der öffentlichen Bruttoinvestitionen am BIP (2011) 1,66 %

¹in der Abgrenzung des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel

²Quelle: Institut für Weltwirtschaft, Kiel

³Land- und Forstwirtschaft/Fischerei, Bergbau, Verkehr, Wohnungsvermietung

⁴Quelle: Normenkontrollrat

⁵Ausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts; Quelle: Sachverständigenrat

⁶2011; Quelle: Sachverständigenrat

⁷Quelle: OECD

VDMA-Position

Der Staat muss seine Aufgaben, aber auch seine Grenzen kennen: Der Maschinen- und Anlagenbau braucht weder Planwirtschaft noch einen Nachtwächterstaat. Der Staat soll sich auf die Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen beschränken, damit die Unternehmen sich im Wettbewerb bewähren können. Dabei muss er solide wirtschaften, ein wachstumsfreundliches Umfeld schaffen und sich als Dienstleister für Bürger und Wirtschaft verstehen.

- Deutschland braucht einen Masterplan Subventionsabbau
 - Nachhaltige Rückführung ordnungspolitisch nicht begründbarer Subventionen
 - Subventionen nur in Ausnahmefällen, zeitlich begrenzt, degressiv ausgestaltet, laufende öffentliche Erfolgskontrolle
 - Subventionen transparenter machen (Subventionsregister), benachteiligten Unternehmen Recht zur Konkurrentenschutzklage einräumen
- Wachstumsbremsen lösen durch generellen Bürokratieabbau, Stärkung der Rolle des Normenkontrollrats
- Staatsfinanzen auf tragfähige Grundlage stellen
 - Eindämmung der Staatsverschuldung durch Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenbremse
 - Begrenzung der Staatstätigkeit, Deckelung der Staatsquote perspektivisch auf maximal 40 Prozent des BIP
- Zukunftsorientierte Umschichtung der Staatsausgaben
 - Weniger konsumtive, mehr investive Ausgaben
 - Sicherung des Substanzerhalts durch Bruttoinvestitionen des Staates in Höhe von mindestens 2 Prozent des BIP
- Effiziente Produktion der vom Staat bereitgestellten Leistungen
 - Vorrang für Wettbewerb und für private Leistungserstellung
 - Systematische Erschließung von Effizienzreserven
- Entscheidungsprozesse bereits im Vorfeld von Großprojekten partizipativ ausgestalten, auch zum Zweck einer deutlichen Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsdauern
- Bessere Verfassung des Föderalstaates
 - Klare Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden
 - Effizienter Umbau des Länderfinanzausgleichs

Weitere Informationen

Die „Gemeinsamen wirtschaftspolitischen Positionen“ des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus sowie weitere ausführliche Positionspapiere unter anderem zu Energie-, Europa-, Forschungs- oder Umweltpolitik finden Sie zum Herunterladen auch im Internet unter der Adresse www.vdma.org/positionen.

Der VDMA verfügt über ein breites Netzwerk von Repräsentanzen im In- und Ausland. Das VDMA-Hauptstadtbüro vertritt die politischen Interessen in Berlin.

Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.
Hauptstadtbüro,
Andreas Rade
Friedrichstraße 95
10117 Berlin
Telefon +49 30 306946-16
E-Mail andreas.rade@vdma.org

Hier können Sie auch weitere Exemplare dieser Gemeinsamen wirtschaftspolitischen Positionen kostenlos bestellen.

Für inhaltliche Fragen stehen in Frankfurt am Main zur Verfügung im Büro der Hauptgeschäftsführung:

Dr. Johannes Gernandt
Telefon +49 69 6603-1829
E-Mail johannes.gernandt@vdma.org

in der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik:

Dr. Susanne Krebs
Telefon +49 69 6603-1469
E-Mail susanne.krebs@vdma.org
Dr. Ralph Wiechers
Telefon +49 69 6603-1371
E-Mail ralph.wiechers@vdma.org

Frankfurt am Main, im Januar 2013

VDMA

Lyoner Straße 18

60528 Frankfurt am Main

Telefon +49 69 6603-0

Fax +49 69 6603-1511

Internet www.vdma.org

www.twitter.com/vdmaonline

www.facebook.com/vdmaonline

VDMA Hauptstadtbüro

Friedrichstraße 95

10117 Berlin

Telefon +49 30 306946-0

Fax +49 30 306946-20

E-Mail berlin@vdma.org

VDMA European Office

Boulevard A. Reyers 80

1030 Brüssel

Telefon +32 27 06 82 05

Fax +32 27 06 82 10

E-Mail european.office@vdma.org

Internet www.vdma.org/europa

www.vdma.org